

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Ärzte der Welt e.V.
Landsberger Str. 428
81241 München

Freie Demokraten

Landesverband
Brandenburg **FDP**

Potsdam, 06. August 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam
M: lvbrb@fdp.de
T: 0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Ärzte der Welt e.V.

Frage 1

Wird sich Ihre Partei einsetzen für den Ausbau eines landesweiten Netzes von öffentlich finanzierten Clearingstellen für Gesundheit (nach dem Vorbild der Berliner Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen) mit Möglichkeit der Übernahme von Behandlungskosten, um die Gesundheitsversorgung für ALLE sicherzustellen?

Antwort der FDP Brandenburg

Ja. Wir Freie Demokraten wollen den Ausbau an Clearingstellen für Gesundheit vorantreiben.

Frage 2

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angebote zu Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung, vor allem auch für Menschen in prekären Lebenslagen, ohne Krankenversicherung oder mit Beitragsschulden bei einer Krankenkasse ausgebaut werden?

Antwort der FDP Brandenburg

Ja, wir als Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Angebote zur Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung vor allem auch für Menschen in prekären Lebenslagen, ohne Krankenversicherung oder mit Beitragsschulden bei einer Krankenversicherung ausgebaut werden. Durch den Ausbau von Präventions- und Gesundheitsförderungsprogrammen für benachteiligte Gruppen werden nach unserer Auffassung gesundheitliche Ungleichheiten abgebaut und die Chancengleichheit im Gesundheitsbereich gefördert.

Frage 3

Plant Ihre Partei die schnellere, dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen und welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitsgefährdenden Lebensbedingungen und die sozialen und medizinischen Versorgungsstrukturen in Geflüchtetenunterkünften (wie in den Erstaufnahmeeinrichtungen Eisenhüttenstadt/Frankfurt Oder) zu verbessern?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir stehen für eine liberalere Flüchtlings-, Asyl-, und Ausländerpolitik in den Bundesländern. Ein verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt, die Aufhebung der Residenzpflicht und die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern sind für uns wichtige Maßnahmen, um Integration und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Frage 4

Welche konkreten Maßnahmen, z.B. Schulungen von Fachkräften, Ausbau von Melde- und Beschwerdemöglichkeiten sind von Ihrer Partei vorgesehen, um Diskriminierungen im Gesundheitswesen abzubauen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir Freie Demokraten setzen uns besonders stark gegen Diskriminierung ein. Wir setzen uns für die Sensibilisierung der Fachkräfte im Gesundheitswesen für die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ein. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung. Vor allem in Situationen, die den intimsten Lebensbereich betreffen (Arztbesuch, Pflegefall) muss ein diskriminierungsfreier Umgang gesichert werden.

Frage 5

Plant Ihre Partei, den Ausbau von Sprachmittlung in medizinischen Versorgungsstrukturen, v.a. im Bereich der Notfallversorgung, zu unterstützen, bis eine bundesweite Regelung nach dem aktuellen Koalitionsvertrag umgesetzt wird?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir Freie Demokraten unterstützen den Ausbau von Sprachmittlung in medizinischen Versorgungsstrukturen. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung, unabhängig von seiner sprachlichen Kompetenz. Sprachmittlung unterstützt ein gelingendes Patient-Arzt-Verhältnis und erhöht die notwendige Compliance des Patienten im Behandlungsprozess. Unser Ziel ist es, Barrieren abzubauen und allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die bestmögliche medizinische Betreuung zukommen zu lassen.

Frage 6

Plant Ihre Partei die Umsetzung der Bezahlkarte für geflüchtete Personen nach AsylbLG ohne diskriminierende Nutzungseinschränkungen hinsichtlich: a) Bargeldabhebung b) Überweisungen c) Warengruppen d) örtlicher Geltungsbereich (Landkreise)?

Antwort der FDP Brandenburg

Nein. Wir unterstützen die Einführung einer bundesweiten Bezahlkarte, mit der Asylbewerber ihren täglichen Lebensbedarf im regionalen Einzelhandel decken können, aber keine Rücküberweisungen in Herkunftsländer möglich sind. Damit werden wir einen wesentlichen Anreiz zur Einreise in die Sozialsysteme abschaffen.